

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Betrug bei der Beantragung von Corona-Soforthilfen – Sachstand

Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage – Drucksache 18/469 – wurden durch die Staatsanwaltschaften des Landes bis zum 30. Juni 2021 insgesamt 697 Ermittlungsverfahren wegen Betrug bei der Beantragung von Corona-Soforthilfen eingeleitet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen haben die Ausländerbehörden der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn bei den bulgarischen Tatverdächtigen in ihrem Zuständigkeitsbereich vollzogen?
2. In wie viele der 144 Fälle kam es bei den bulgarischen Tatverdächtigen zum Entzug der Freizügigkeit (bitte nach zuständiger Ausländerbehörde aufgegliedert)?
3. Wie viele Strafverfahren wegen Betrug wurden im Zusammenhang mit der Beantragung von Corona-Soforthilfen aus den Mitteln des Landes und Bundes eingeleitet?
4. Wie viele Rückforderungsbescheide bei unberechtigter Inanspruchnahme der Hilfen hat die Investitions- und Strukturbank (ISB) bereits versandt, und auf welche Höhe belaufen sich die Forderungen?
5. Welche Maßnahmen haben die Finanzämter und die Gewerbeämter bei Betrug im Zusammenhang mit der Beantragung von Corona-Soforthilfen ergriffen?
6. Wie lautet der Sachstand des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Koblenz, Aktenzeichen: 2050 Js 49160/20, wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs in besonders schwerem Fall durch unberechtigte Beantragung gegen 19 bulgarische Tatverdächtige?
7. Wie lautet der Sachstand des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Koblenz, Aktenzeichen: 2050 Js 51149/20, wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs in besonders schwerem Fall durch unberechtigte Beantragung gegen 35 bulgarische Tatverdächtige?

Matthias Lammert